

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Oliver Höfinghoff (PIRATEN)

vom 15. Januar 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2013) und **Antwort**

Gut beraten Berlin? (5)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Die Kleine Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die Berliner Wasserbetriebe (BWB) um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wurde der Beantwortung zugrunde gelegt.

1. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 14. November 2012 (Drucksache 17/11209) gab der Senat an, dass die Berliner Wasserbetriebe vor dem Hintergrund des Kartellverfahrens zur „kontinuierlichen Verbesserung der Unternehmensreputation“ die Leistungen einer Beratungsfirma in Anspruch nahmen.

Nahmen die Berliner Wasserbetriebe als Reaktion auf die Kampagne der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ zum Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens, des Volksbegehrens „Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ und des daran anschließenden Volksentscheids ebenfalls Beratungsleistungen externer Unternehmen in Anspruch?

Zu 1.: Nein. Im Zusammenhang mit dem Volksbegehren und/oder dem Berliner Wassertisch haben die BWB keine externen Beratungsleistungen beauftragt.

2. Wenn ja, welche Unternehmen wurden mit welchen Leistungen beauftragt?

Zu 2.: Entfällt, da die Frage 1. mit „nein“ beantwortet wurde.

3. Wenn nein, wie verfahren die Berliner Wasserbetriebe intern mit der o. g. Kampagne?

Zu 3.: Die Pressestelle der Berliner Wasserbetriebe hat wiederholt Anfragen mit Bezug auf Aussagen des Wassertisches beantwortet, um einen Beitrag zur Versachlichung der öffentlichen Diskussionen zu leisten.

Berlin, den 29. Januar 2013

In Vertretung

Henner B u n d e

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Feb. 2013)